



2021

# Tätigkeitsbericht



## der Salzburger Bundesratsmitglieder

Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

David Egger

Silvester Gfrerer

Marlies Steiner-Wieser

Salzburg

Februar 2022

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
1. Kompetenzen des österreichischen Bundesrates .....	2
1.1 Kompetenzen zur Gesetzgebung.....	2
1.2 Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung.....	3
1.3 Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung.....	4
2. Europäische Kompetenzen des Bundesrates .....	5
2.1 Stellungnahmen gegenüber dem zuständigen Bundesminister .....	5
2.2 Mitteilungen an EU-Organen.....	5
2.3 Die Subsidiaritätsrüge .....	6
2.4 Die Subsidiaritätsklage .....	7
3. Zusammensetzung des österreichischen Bundesrates .....	7
4. Mandatäre.....	9
Dr. Andrea Eder-Gitschthaler .....	9
David Egger.....	12
Silvester Gfrerer .....	14
Marlies Steiner-Wieser.....	17
5. Steirische Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2021 .....	21
5.1 Steirischer Vorsitz im Bundesrat und der Landeshauptleutekonferenz .....	22
5.2 Initiative des Bundesrates - Jugendprojekt „Zukunft. Jugend. Europa“ .....	23
6. Tiroler Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2021 .....	25
6.1 Tiroler Vorsitz im Bundesrat und der Landeshauptleutekonferenz.....	26
6.2 Enquete „Postcorona – Neue Wertschätzung für den ländlichen Raum“ .....	27
7. Anfragen des Bundesrates 2021 .....	29
8. Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2021 .....	39

## Einleitung

Dem österreichischen Bundesrat ist im politischen System des Landes eine wichtige Rolle zugeordnet. Er repräsentiert die Bundesländer und vertritt, seiner verfassungspolitischen Funktion nach, deren Interessen auf Bundesebene. Diese Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung stellt einen zentralen Grundpfeiler in einem föderalen politischen System dar.

Nach Artikel 24 der Bundesverfassung übt der Nationalrat gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Die zweite Kammer des österreichischen Parlaments ist somit ein Gesetzgebungsorgan des Bundes, weshalb die Mitwirkung an der Erlassung von Bundesgesetzen eine Kernaufgabe des Bundesrates ist.

Eine zweite parlamentarische Kammer erfüllt im politischen System die Funktion der Qualitätsverbesserung des Gesetzgebungsprozesses und der Repräsentation bestimmter Interessen – in diesem Fall, die Interessen der Bundesländer. Hinter der Funktion der Repräsentation bestimmter Interessen steckt der Gedanke, dass ein demokratisches System Gegengewichte im politischen Willensbildungsprozess bedarf.

Wenngleich die Mitglieder des Bundesrates aufgrund des in Artikel 56 Abs. 1 B-VG festgelegten freien Mandates mit keiner rechtlichen oder politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem entsendenden Landtag gebunden sind, halten wir es für zweckmäßig, über unsere Tätigkeiten Bericht zu erstatten.

Mitglieder des Bundesrates sind gleichberechtigte Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger. Ebenso wie Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Europäischen Parlaments oder Nationalratsabgeordnete. Wir melden uns im Parlament zu Wort, arbeiten in den parlamentarischen Ausschüssen mit, halten Führungen im Parlament, empfangen ausländische Delegationen und nehmen an parlamentarischen Themen-Enqueten und Hearings sowie an Präsidial- und Klubsitzungen teil. Neben diesen vielfältigen Tätigkeiten auf Bundesebene sind wir natürlich auch auf Bezirks- und Gemeindeebene politisch aktiv.

Der vorliegende Bericht beschränkt sich auf unsere Tätigkeiten als Mitglieder der österreichischen Bundesrates und gibt einen Einblick in die zentralen Aufgabenbereiche und Themenfelder der zweiten österreichischen Parlamentskammer.

Allgemein können die Tätigkeiten des österreichischen Bundesrates – ebenso wie die gesamte Bundesgesetzgebung – im Internet auf der Homepage des österreichischen Parlaments (<https://www.parlament.gv.at/>) nachvollzogen werden, wobei auch sämtliche parlamentarischen Materialien und Sitzungsprotokolle einsehbar sind. Neben den Übertragungen im öffentlich rechtlichen Fernsehen können die Sitzungen des Bundesrates auch online über die Parlamentsmediathek nachverfolgt werden. (<https://www.parlament.gv.at/MEDIA/>)

# 1. Kompetenzen des österreichischen Bundesrates

Allgemein können die innerstaatlichen Kompetenzen des österreichischen Bundesrates nach in drei unterschiedliche Kategorien unterteilt werden:

- Kompetenzen zur Gesetzgebung
- Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung
- Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung

An dieser Untergliederung orientieren sich auch die nachstehenden Ausführungen.

## 1.1 Kompetenzen zur Gesetzgebung

### Recht auf Gesetzesinitiativen

Der Bundesrat besitzt nach Artikel 41 Abs. 1 der Bundesverfassung das Recht, Gesetzesvorschläge an den Nationalrat einzubringen. Er kann dies durch einen Mehrheitsbeschluss oder durch einen Gesetzesantrag eines Drittels seiner Mitglieder tun. Mit Ausnahme von Gesetzen, die auf eine Änderung der Geschäftsordnung des Nationalrates abzielen<sup>1</sup>, steht der zweiten Kammer das Recht auf Gesetzesinitiative uneingeschränkt zu.

Jede/r Abgeordnete hat das Recht, selbstständige Anträge auf Ausübung der Gesetzesinitiative des Bundesrates zu stellen. Diese müssen jedoch von mindestens drei Bundesräten (einschließlich Antragsteller) unterstützt werden. Dieses Recht steht nach §23 der Geschäftsordnung des Bundesrates auch jedem Ausschuss zu, sofern der Antrag in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem im Ausschuss behandelten Gegenstand steht.

Über den Antrag auf Gesetzesinitiative hat der Bundesrat mehrheitlich zu beschließen. Wird ein selbstständiger Antrag auf Gesetzesinitiative von mindestens einem Drittel der Bundesräte unterzeichnet oder gemeinsam eingebracht, muss dieser unverzüglich dem Nationalrat zur weiteren Behandlung übermittelt werden, wenn dies von den Unterzeichnern verlangt wird.

### Anfechtung von Gesetzen

Der Bundesrat besitzt nach Artikel 140 Abs. 1 B-VG die Möglichkeit, die Verfassungsmäßigkeit von Bundesgesetzen anzufechten. Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) ist verpflichtet, auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates über die Verfassungsmäßigkeit von Bundesverfassungsgesetzen und einfachen Bundesgesetzen zu entscheiden. Die Wahrnehmung dieses Anfechtungsrechtes ist dabei an keine Voraussetzungen gebunden.

### Einspruchs- und Zustimmungsrechte gegen Gesetzesbeschlüsse

Die Mitwirkung an der Erlassung von Bundesgesetzen ist eine Kernaufgabe des Bundesrates. Allgemein besitzt der Bundesrat ein suspensives Veto gegenüber Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates und nur in bestimmten Fällen kommt ihm ein Zustimmungsrecht zu.

Jeder Gesetzesbeschluss des Nationalrates muss nach Artikel 42 des B-VG unverzüglich dem Bundesrat übermittelt werden. Ein Gesetz kann erst beurkundet und kundgemacht werden, wenn der Bundesrat keinen Einspruch erhebt. Ausnahmen bilden Gesetzesbeschlüsse, die die Geschäftsordnung oder die Auflösung des Nationalrates betreffen, sowie bestimmte Finanzgesetze.

Das Verfahren zur Bearbeitung eines Gesetzesentwurfs im Bundesrat ist dem des Nationalrates sehr ähnlich, diesem jedoch zeitlich nachgelagert. Somit entfällt für den Bundesrat die Möglichkeit, auf den

---

<sup>1</sup> Diese dürfen nur durch Anträge von Nationalratsabgeordneten novelliert werden. (vgl. §108 GO-NR)

Inhalt des Gesetzestextes Einfluss zu nehmen. Er kann den Gesetzesbeschluss binnen acht Wochen annehmen, ablehnen oder nichts tun.

Lässt der Bundesrat die Acht-Wochen-Frist verstreichen oder nimmt er den Gesetzesentwurf an, kann das Gesetz kundgemacht werden. Lehnt die Länderkammer den Entwurf mittels begründeten Einspruchs ab, muss der Nationalrat nochmals, unter Berücksichtigung des Vetos des Bundesrates, darüber beraten. Neben der Möglichkeit, den Gesetzestext nochmals einem Ausschuss zuzuweisen, besitzt der Nationalrat das Recht, nochmals über den unveränderten Gesetzesentwurf abzustimmen. Für solch einen Beharrungsbeschluss bedarf es eines erhöhten Präsenzquorums von mindestens 50 Prozent der Nationalratsabgeordneten. Gegen einen Beharrungsbeschluss kann der Bundesrat keinen Einspruch mehr erheben. Wird der Gesetzesentwurf jedoch noch einmal überarbeitet, hat die zweite Kammer ein neuerliches Einspruchsrecht.

Einsprüche des Bundesrates haben somit eine aufschiebende Wirkung (suspensives Veto). Der Nationalrat wird dazu gezwungen, seinen Beschluss erneut zu fassen, verhindert wird ein Gesetzesvorhaben dadurch nicht.

In einigen Fällen ist die ausdrückliche Zustimmung des Bundesrates jedoch zwingend erforderlich (absolutes Veto):

- Änderungen bezüglich der Einrichtung und Zusammensetzung des Bundesrates.
- Verfassungsgesetze, die die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung und Vollziehung einschränken.
- Beschlüsse in Staatsverträgen, soweit sie Angelegenheiten des selbstständigen Wirkungsbereiches der Länder regeln.
- Ausführungsgesetze für die die Länder nicht die in Artikel 15 Abs. 6 B-VG angeordnete Mindestdauer zur Erlassung dieser Gesetze haben.
- Bei der Auflösung eines Landtages.

Dieses absolute Vetorecht erfüllt vor allem den Zweck, dass die Länder nicht ohne die Zustimmung des Bundesrates in ihren Kompetenzen beschnitten werden.

### **Recht auf eine Volksabstimmung**

Nach Artikel 44 Abs. 3 B-VG ist jede Teiländerung der Bundesverfassung vor der Beurkundung durch den Bundespräsidenten einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn ein Drittel der Mitglieder des Bundesrates dies verlangt. Keinen Einfluss hat der Bundesrat auf die Abhaltung einer Volksabstimmung bei einfachen Bundesgesetzen.

## **1.2 Kompetenzen zur Mitwirkung an der Vollziehung**

Obwohl der Bundesrat in der Verfassung als ein Organ der Gesetzgebung verankert ist, besitzt er auch Kompetenzen, um an der Vollziehung des Bundes mitzuwirken.

### **Genehmigung von Staatsverträgen**

Bei politischen Staatsverträgen und anderen Staatsverträgen, die gesetzesändernd oder -ergänzend sind und den selbstständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, bedarf es der Zustimmung des Bundesrates. Dies gilt auch bei Staatsverträgen, durch die die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union geändert werden. Zur Beschlussfassung dieser Verträge bedarf es jeweils der Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

Tangieren politische Staatsverträge und anderen Staatsverträge, die gesetzesändernd oder -ergänzend sind, den selbstständigen Wirkungsbereich der Länder nicht, besitzt der Bundesrat lediglich ein suspensives Vetorecht gegen den Genehmigungsbeschluss des Nationalrates.

### **Auflösung von Landtagen**

Nach Artikel 100 B-VG besitzt der Bundesrat, sollte der Bundespräsident auf Antrag des Nationalrates die Auflösung eines Landtages vornehmen, ein Zustimmungsrecht. Dazu bedarf es der Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, wobei Vertreter des Landes, dessen Landtag aufgelöst werden soll, nicht an der Abstimmung teilnehmen dürfen.

### **Ernennung von VfGH-Richtern**

Die Länderkammer besitzt das Recht, drei Mitglieder und ein Ersatzmitglied für den VfGH vorzuschlagen. Die Ernennung der Mitglieder des VfGH obliegt danach dem Bundespräsidenten. Er folgt dabei den Vorschlägen der Bundesregierung, des Nationalrates und des Bundesrates.

## **1.3 Kompetenzen zur Kontrolle der Vollziehung**

Der Bundesrat hat sowohl politische als auch rechtliche Möglichkeiten zur Kontrolle der Bundesvollziehung.

### **Rechtliche Kontrolle**

Rechtlich besitzt der Bundesrat die Kompetenz, zu beschließen, dass die Bundesversammlung<sup>2</sup> zum Zweck der Anklageerhebung gegen den Bundespräsidenten zusammentritt. Der Bundeskanzler hat diese sodann einzuberufen. Verletzt der Bundespräsident nämlich schuldhaft Bundesverfassungsrecht, ist er vor dem VfGH anzuklagen und seines Amtes zu entheben. Der Beschluss der Bundesversammlung muss bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder beider Vertretungskörper mit Zweidrittelmehrheit gefasst werden.

### **Politische Kontrolle**

Politisch obliegt es dem Bundesrat, wie auch dem Nationalrat, die Geschäftsführung der Regierung zu überprüfen. Dies kann er vor allem mithilfe dieser Instrumente:

- Interpellationsrecht: Schriftliche, mündliche oder dringliche Anfrage an die Mitglieder der Bundesregierung.
- Informations- und Auskunftsrecht: Der Bundesrat kann die Einholung schriftlicher Äußerungen sowie die Anhörung von Auskunftspersonen über Angelegenheiten, die in die Zuständigkeit des Bundesrates fallen, beschließen.
- Resolutionsrecht: Der Bundesrat kann seinen Wünschen über die Ausübung der Vollziehung in unverbindlichen Entschlüssen Ausdruck verleihen.
- Zitationsrecht: Die Länderkammer kann für ihre Sitzungen oder Sitzungen der Ausschüsse die Anwesenheit der Mitglieder der Bundesregierung verlangen.

---

<sup>2</sup> Die Bundesversammlung bildet ein drittes parlamentarisches Organ. Sie setzt sich aus den Mitgliedern des National- und Bundesrates zusammen. In erster Linie betreffen ihre Funktionen das Amt des Bundespräsidenten.

## 2. Europäische Kompetenzen des Bundesrates

Die EU-spezifischen Mitwirkungsrechte des österreichischen Bundesrates sind formal im Vertrag über die Europäische Union, der österreichischen Bundesverfassung sowie der Geschäftsordnung der Parlamentskammer verankert und ermöglichen eine starke Beteiligung in europäischen Angelegenheiten.

### 2.1 Stellungnahmen gegenüber dem zuständigen Bundesminister

Nach Artikel 23e B-VG hat der zuständige Bundesminister sowohl den Bundesrat als auch den Nationalrat unverzüglich über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zu informieren und muss ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme einräumen.

Durch die Verabschiedung einer Stellungnahme hat der österreichische Bundesrat die Möglichkeit, auf die Verhandlungs- und Abstimmungsposition der Regierungsmitglieder im Rat der EU und im Europäischen Rat Einfluss zu nehmen.

Eine solche Stellungnahme kann für den zuständigen Bundesminister auch bindend sein. Ist dies der Fall, darf die darin formulierte Position bei Verhandlungen und Abstimmungen in der Europäischen Union nach Artikel 23e Abs. 4 B-VG nur aus zwingenden integrations- und außenpolitischen Gründen vom Bundesminister verlassen werden. Wird dieses Vorhaben dem Bundesrat jedoch mitgeteilt und er widerspricht innerhalb einer angemessenen Frist<sup>3</sup> nicht, ist ein Abgehen von der Position des Bundesrates zulässig. Nach der Abstimmung auf europäischer Ebene hat der zuständige Bundesminister dem Bundesrat unverzüglich Bericht zu erstatten.

Die Verabschiedung verbindlicher Stellungnahmen durch den Bundesrat ist auf Vorhaben beschränkt, „[die] auf die Erlassung eines verbindlichen Rechtsaktes gerichtet [sind], der entweder die Erlassung bundesverfassungsgesetzlicher Bestimmungen erfordern würde, durch die die Zuständigkeit der Länder in Gesetzgebung oder Vollziehung gemäß Artikel 44 Abs. 2 BV-G eingeschränkt wird, oder Regelungen enthält, die nur durch solche Bestimmungen getroffen werden könnten“ (Artikel 23e Abs. 4 B-VG). Der Bundesrat kann somit in allen Angelegenheiten eine bindende Stellungnahme abgeben, in denen ihm auch im innerstaatlichen Rechtssetzungsprozess ein Zustimmungrecht zustehen würde.

### 2.2 Mitteilungen an EU-Organe

Der Bundesrat hat, wie der Nationalrat, die Möglichkeit, seinen Standpunkt zu Vorhaben der Europäischen Union durch sogenannte „Mitteilungen“ direkt an EU-Organe zu kommunizieren, wobei die Mitteilungen an jedes beliebige EU-Organ gerichtet werden können.

Durch dieses Mitwirkungsinstrument haben die nationalen Parlamente die Möglichkeit, sehr früh im Gesetzgebungsprozess auf Vorschläge der EU-Organe zu reagieren und im Kontext des politischen Dialogs ihre Anregungen einzubringen. Die Europäische Kommission übermittelt bereits vorlegislative Dokumente wie Grün- und Weißbücher an die nationalen Parlamente, um deren Standpunkte einzuholen. Die Reaktionen auf diese Konsultationsdokumente werden von der Europäischen Kommission berücksichtigt und fließen in den abschließenden Vorschlag an das Europäische Parlament und den Rat ein.

---

<sup>3</sup> In der Bundesverfassung nicht näher erläutert.

## 2.3 Die Subsidiaritätsrüge

Mit dem parlamentarischen Frühwarnmechanismus des Lissabon-Vertrages wurde den nationalen Parlamenten erstmals ein Mechanismus zur Verfügung gestellt, der die Einflussnahme auf europäische Legislativvorschläge bereits vor der endgültigen Beschlussfassung ermöglicht.

Nach Artikel 4 des Subsidiaritätsprotokolls ist die Europäische Kommission dazu verpflichtet, ihre Entwürfe für Gesetzgebungsakte den nationalstaatlichen Parlamenten zum gleichen Zeitpunkt wie dem Unionsgesetzgeber weiterzuleiten. Dies gilt auch für andere EU-Organe, die einen Gesetzesentwurf einbringen.

Ist ein Gesetzesentwurf nach dem Erachten eines nationalen Parlaments nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar, kann eine begründete Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission verabschiedet werden. Darin formuliert das nationale Parlament, oder eine Kammer des Parlaments, die jeweiligen Gründe und Bedenken, warum der Gesetzesentwurf nach ihrer Einschätzung nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Die Frist für die Abgabe einer begründeten Stellungnahme, auch als Subsidiaritätsrüge bezeichnet, beträgt acht Wochen, gerechnet ab der Übermittlung des Gesetzesentwurfs in allen Sprachfassungen der Union.

Inwieweit die EU-Organe auf die Abgabe einer solchen Subsidiaritätsrüge reagieren müssen, hängt von der Anzahl der verabschiedeten begründeten Stellungnahmen ab. Jedes nationale Parlament besitzt zwei Stimmen, wobei in Zweikammersystemen jede der beiden Kammern über eine Stimme verfügt. In Österreich kann somit sowohl der Bundesrat als auch der Nationalrat Subsidiaritätsbedenken artikulieren.

### **Verfahren der gelben Karte**

Wird ein Gesetzesentwurf von mindestens einem Drittel der Stimmen der nationalen Parlamente mit einer Subsidiaritätsrüge in Form einer begründeten Stellungnahme bedacht, muss der Entwurf vom jeweiligen Organ überprüft werden. Handelt es sich um einen Gesetzesvorschlag betreffend den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, beträgt die Schwelle ein Viertel der Stimmen.

Nach Abschluss der Überprüfung kann das EU-Organ, das den Entwurf vorgelegt hat, beschließen, den Entwurf abzuändern, ihn zurückzuziehen oder an ihm festzuhalten. Die Europäische Kommission, muss den jeweiligen Beschluss jedoch begründen

### **Verfahren der orangen Karte**

Erreicht die Anzahl begründeter Stellungnahmen mindestens die einfache Mehrheit aller Stimmen der nationalen Parlamente, ist die Kommission dazu verpflichtet, den Gesetzesvorschlag zu prüfen.

Entschließt sich die Kommission nach Abschluss der Überprüfung, an dem Vorschlag festzuhalten, muss sie in einer begründeten Stellungnahme darlegen, weshalb der Vorschlag ihres Erachtens mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht. Diese begründete Stellungnahme der Kommission wird, zusammen mit den begründeten Stellungnahmen der nationalen Parlamente, dem Unionsgesetzgeber (Europäisches Parlament und der Rat) vorgelegt. Dieser überprüft vor Abschluss der ersten Lesung unter Berücksichtigung der begründeten Stellungnahmen, ob der Gesetzesvorschlag mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht oder nicht.

Sind 55 Prozent der Mitglieder des Rates oder eine Stimmenmehrheit im Europäischen Parlament der Ansicht, dass der Vorschlag nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang steht, wird der Gesetzgebungsvorschlag nicht weiter geprüft. Die nationalen Parlamente haben somit im Rahmen des Frühwarnmechanismus die Möglichkeit, einen Gesetzesvorschlag der Kommission mehrheitlich zu blockieren, die endgültige Entscheidung liegt jedoch bei den europäischen Rechtssetzungsbehörden.

Entschließt sich der österreichische Bundesrat beziehungsweise der EU-Ausschuss der Länderkammer zur Verabschiedung einer begründeten Stellungnahme, so hat er die Stellungnahmen der Landtage zu berücksichtigen. Nach der Beschlussfassung hat er die Landtage unverzüglich darüber zu informieren und muss ihnen wiederum Gelegenheit zur Stellungnahme geben.

## 2.4 Die Subsidiaritätsklage

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon besitzt jedes nationalstaatliche Parlament, oder je nach Rechtsordnung auch dessen Kammer, die Befugnis, nach Annahme eines Gesetzgebungsaktes auf europäischer Ebene eine Subsidiaritätsklage beim Gerichtshof der Europäischen Union einzubringen. Dieser überprüft nachträglich, ob ein Gesetzgebungsakt gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt oder nicht.

In Österreich sieht Artikel 23h B-VG vor, dass sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat dazu befugt sind, eine Subsidiaritätsklage beim Gerichtshof der Europäischen Union zu erheben. Es ist dabei unerheblich, ob die Subsidiaritätsverletzung innerstaatlich Bundes- oder Landeskompentenzen berührt.

Der Beschluss auf Erhebung einer Subsidiaritätsklage wird im Namen der jeweiligen Kammer durch das Bundeskanzleramt beim Europäischen Gerichtshof eingebracht. Für die Erhebung einer Subsidiaritätsklage gilt eine Frist von zwei Monaten ab dem Erlass des Gesetzgebungsaktes.

## 3. Zusammensetzung des österreichischen Bundesrates

Der österreichische Bundesrat hat derzeit 61 Mitglieder, welche von den Landtagen, entsprechend der Bevölkerungsstärke ihres Bundeslandes, entsendet werden. Die Kreation des Bundesrates erfolgt somit im Hinblick auf die Bevölkerung indirekt. Das Land mit der größten Bürgerzahl nominiert zwölf Mitglieder und jedes andere Land so viele, wie es dem Verhältnis seiner Bürgerzahl zur Bürgerzahl des größten Bundeslandes entspricht. Die proportionale Besetzung der zweiten Kammer ist insofern eingeschränkt, da jedem Land die Vertretung durch zumindest drei Abgeordnete gebührt.

Der Bundesrat hat keine festgeschriebene Mitgliederzahl, da die Anzahl der von jedem Land zu entsendenden Mitglieder nach jeder allgemeinen Volkszählung vom Bundespräsidenten festgesetzt wird.

Die Bundesräte werden von den Landtagen für die Dauer ihrer Gesetzgebungsperiode nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei mindestens ein Mandat der zweitstärksten Partei zufallen muss. Haben mehrere Parteien die gleiche Anzahl an Sitzen, entscheidet die Zahl der Wählerstimmen bei der letzten Landtagswahl oder letztendlich das Los.

Nach jeder Landtagswahl wird der Bundesrat partial erneuert, weshalb es keine Gesetzgebungsperiode im engeren Sinn gibt. Der Bundesrat tagt somit „in Permanenz“.

Der Vorsitz des Bundesrates wechselt halbjährlich in alphabetischer Reihenfolge. Als Vorsitzende/r – also Präsident/in – fungiert dabei der/die an erster Stelle entsendete Vertreter/in des zum Vorsitz berufenen Landes – also der stärksten Partei im Landtag. Jedoch kann der Landtag unter bestimmten Voraussetzungen beschließen, dass der Vorsitz von einem anderen Vertreter dieser Partei geführt werden soll.

Neben dem Präsidium spielen vor allem die Ausschüsse des Bundesrates in der interparlamentarischen Aufgabenverteilung eine wichtige Rolle. So geht der Beschlussfassung im Plenum grundsätzlich immer die Vorberatung in einem Ausschuss voran. Damit wird sichergestellt, dass die auf bestimmte Materien spezialisierten Mitglieder des Bundesrates in einem kleineren Kreis offene Sachfragen beraten und verhandeln können.

Neben Fachausschüssen, die für jeden größeren Sachbereich gewählt werden, gibt es noch Ausschüsse, denen spezifische parlamentarische Aufgaben zugewiesen sind. Zu diesem Typ von Ausschuss zählt auch der EU-Ausschuss des Bundesrates, welcher die Mitwirkungsrechte des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union wahrnimmt.

Nach den Ausschussberatungen ist die endgültige Beschlussfassung dem Plenum des Bundesrates vorbehalten. Das Abstimmungsergebnis weicht jedoch nur selten vom Resultat in den jeweiligen Ausschüssen ab, da die Zusammensetzung der Ausschüsse nach Fraktionen die Mehrheitsverhältnisse des Plenums verkleinert widerspiegelt.

Nach Ablauf der Gesetzgebungsperiode eines Landtages, oder nach dessen Auflösung, bleiben die Mitglieder des Bundesrates so lange in Funktion, bis der neue Landtag die Wahl in den Bundesrat vorgenommen hat.

Mitglieder des Bundesrates müssen zum Landtag, der sie entsendet, wählbar sein, diesem aber nicht angehören. Außerdem ist für jeden Bundesrat/jede Bundesrätin ein Ersatz namhaft zu machen, wenn der betreffende Bundesrat/Bundesrätin durch Tod, Verlust oder Verzicht des Mandats ausscheidet.

Die derzeitige Mandatsverteilung des österreichischen Bundesrates nach Parteien sieht wie folgt aus:

<b>PARTEI</b>	<b>ANZAHL DER MANDATE</b>
<b>ÖVP</b>	26
<b>SPÖ</b>	19
<b>FPÖ</b>	10
<b>GRÜNE</b>	5
<b>NEOS</b>	1

*Tabelle 1: Mandatsverteilung des österreichischen Bundesrates nach Parteien (Stand: Februar 2022)*

Die einzelnen Bundesländer sind durch folgende Anzahl an Bundesräten im Bundesrat vertreten:

<b>BUNDESLAND</b>	<b>ANZAHL DER BUNDESRÄTE</b>
<b>NIEDERÖSTERREICH</b>	12
<b>WIEN</b>	11
<b>OBERÖSTERREICH</b>	10
<b>STEIERMARKE</b>	9
<b>TIROL</b>	5
<b>KÄRNTEN</b>	4
<b>SALZBURG</b>	4
<b>BURGENLAND</b>	3
<b>VORARLBERG</b>	3

*Tabelle 2: Auflistung der Anzahl der Bundesräte pro Bundesland*

## 4. Mandatäre

### Dr. Andrea Eder-Gitschthaler



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

**Geb.: 13.09.1961, Vöcklabruck (Oberösterreich)**

**Beruf: Versicherungsangestellte**

#### **POLITISCHE MANDATE**

- Präsidentin des Bundesrates  
01.07.2020 – 31.12.2020
- Vizepräsidentin des Bundesrates  
14.01.2020 – 30.06.2020
- Mitglied des Bundesrates, ÖVP  
01.10.2017 –
- Abgeordnete zum Nationalrat (XXIII. GP), ÖVP  
30.10.2006 – 27.10.2008

#### **POLITISCHE FUNKTIONEN**

- Mitglied des Bundespräsidiums des Österreichischen Seniorenbundes seit 2019
- Mitglied der Landesvorstandes des Salzburg Seniorenbundes seit 2010
- Mitglied des Bezirksvorstandes der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB) Salzburg-Umgebung
- Mitglied des Landesvorstandes der Österreichischen Frauenbewegung (ÖFB) Salzburg seit 2011
- Bezirksobfrau des Seniorenbundes Salzburg-Umgebung seit 2016
- Landesobfrau-Stellvertreterin des Seniorenbundes Salzburg seit 2016
- Mitglied des Gemeinderates der Marktgemeinde Wals-Siezenheim 1999–2014

- Mitglied des Landesparteivorstandes der ÖVP Salzburg
- Mitglied des Bezirksparteivorstandes der ÖVP Salzburg-Umgebung seit 2006
- Mitglied des Salzburger Landesvorstandes des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) seit 2003
- Mitglied des Bezirksvorstandes des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) Salzburg-Umgebung seit 2003

## **AUSSCHÜSSE**

### **Vorsitzende**

- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (23.11.2021–)

### **Stellvertretende Ausschussvorsitzende**

- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

### **Mitglied**

- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (28.01.2021–)
- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (23.10.2021–)
- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (23.11.2021–)
- EU-Ausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

### **Ersatzmitglied**

- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (23.11.2021–)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

**REDEN IN PLENARSITZUNGEN**

© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

- [936. Sitzung \(22.12.2021\)](#)  
[☰ Sterbeverfügungsgesetz, Suchtmittelgesetz und Strafgesetzbuch / HTML](#)
- [935. Sitzung \(21.12.2021\)](#)  
[☰ Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz – K-SVFG, Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds für eine Überbrückungsfinanzierung für selbständige Künstlerinnen und Künstler, Kunst-, Kultur- und Sportsicherungsgesetz – KuKuSpoSiG u.a. / HTML](#)
- [934. Sitzung \(02.12.2021\)](#)  
[☰ Dringliche Anfrage Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung "Corona-Chaos in Kindergärten, an Schulen, Fachhochschulen und Universitäten - Herr Minister haben Sie aus zwei Jahren Krise nichts gelernt?" \(3961/J-BR/2021\) / HTML](#)
- [932. Sitzung \(03.11.2021\)](#)  
[☰ Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers / HTML](#)
- [928. Sitzung \(14.07.2021\)](#)  
[☰ Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds für eine Überbrückungsfinanzierung für selbständige Künstlerinnen und Künstler / HTML, 455 KB](#)
- [927. Sitzung \(24.06.2021\)](#)  
[☰ Bericht des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend EU-Jahresvorschau 2021 / HTML](#)
- [925. Sitzung \(06.05.2021\)](#)  
[☰ 22. COVID-19-Gesetz / HTML, 1208 KB](#)
- [924. Sitzung \(30.03.2021\)](#)  
[☰ Kunst-, Kultur- und Sportsicherungsgesetz – KuKuSpoSiG / HTML, 1248 KB](#)
- [923. Sitzung \(11.03.2021\)](#)

[Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz – K-SVFG, Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds für eine Überbrückungsfinanzierung für selbständige Künstlerinnen und Künstler und 22. COVID-19-Gesetz / HTML, 1441 KB](#)

## David Egger



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

**Geb.: 07.03.1987, Oberndorf bei Salzburg (Salzburg)**

**Beruf: Mitglied des Bundesrates**

### **POLITISCHE MANDATE**

- Mitglied des Bundesrates, SPÖ  
08.07.2020 –

### **POLITISCHE FUNKTIONEN**

- Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Neumarkt am Wallersee seit 4.4.2019
- Mitglied der Gemeindevertretung der Stadtgemeinde Neumarkt am Wallersee 2014–2019

### **AUSSCHÜSSE**

#### **Stellvertretender Ausschussvorsitzender**

- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

#### **Schriftführer**

- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

#### **Mitglied**

- Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)

- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

#### Ersatzmitglied

- Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet (28.01.2021–)
- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft (23.11.2021–)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates (23.11.2021–)
- Finanzausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

#### REDEN IN PLENARSITZUNGEN



© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

- 936. Sitzung (22.12.2021)  
☰Medizinisches Assistenzberufe-Gesetz, Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, Gesundheitsberuferegister-Gesetz, Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz, Allgemeines Sozialversicherungsgesetz und Berufsreifepfprüfungsgesetz (OTA-Gesetz) / HTML
- 934. Sitzung (02.12.2021)  
☰Dringliche Anfrage Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung "Corona-Chaos in Kindergärten, an Schulen, Fachhochschulen und Universitäten - Herr Minister haben Sie aus zwei Jahren Krise nichts gelernt?" (3961/J-BR/2021) / HTML
- 933. Sitzung (23.11.2021)  
☰Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Corona-Totalversagen der Bundesregierung" (3953/J-BR/2021) und Dringliche Anfrage Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz "Corona-Totalversagen der Bundesregierung" (3954/J-BR/2021) / HTML

- [931. Sitzung \(21.10.2021\)](#)  
[Attraktivieren des Bundesheeres durch Anpassungen im Gehaltsgesetz / HTML](#)
- [929. Sitzung \(15.07.2021\)](#)  
[Dringliche Anfrage Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie "Türkis-Grünes Autofahrerbashing: Straßenbau-Stopp, exorbitante Steuererhöhungen und Abzocke bei Verkehrsstrafen" \(3901/J-BR/2021\) / HTML](#)  
[Gewährleistungsrichtlinien-Umsetzungsgesetz – GRUG / HTML](#)
- [925. Sitzung \(06.05.2021\)](#)  
[COVID-19-Zweckzuschussgesetz / HTML, 1208 KB](#)
- [924. Sitzung \(30.03.2021\)](#)  
[Aktuelle Stunde Bundesministerin für Landesverteidigung "Das Österreichische Bundesheer in der Corona-Pandemie" / HTML, 1248 KB](#)
- [923. Sitzung \(11.03.2021\)](#)  
[Aktuelle Stunde Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport „#comebackstronger: Das Fitnessprogramm für Österreichs Sport" / HTML, 1441 KB](#)
- [921. Sitzung \(28.01.2021\)](#)  
[Dringliche Anfrage an den Bundeskanzler betreffend "Herr Bundeskanzler, wieso sperren Sie die Schulen zu?" \(3825/J-BR/2021\) / HTML, 1095 KB](#)
- [919. Sitzung \(15.01.2021\)](#)  
[Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers / HTML, 427 KB](#)

## Silvester Gfrerer



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

**Geb.: 15.09.1959, Großarl (Salzburg)**

**Beruf: Landwirt**

## **POLITISCHE MANDATE**

- Mitglied des Bundesrates, ÖVP  
13.06.2018 –

## **POLITISCHE FUNKTIONEN**

- Mitglied des Landespartei Vorstandes der ÖVP Salzburg seit 2018
- Mitglied des Bezirksparteipräsidiums der ÖVP Pongau
- Mitglied des Gemeindepartei Vorstandes der ÖVP
- Bezirksobermann des Bauernbundes Sankt Johann im Pongau seit 2009
- Obmann der Bezirksbauernkammer Pongau seit 2010

## **AUSSCHÜSSE**

### **Schriftführer**

- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (23.11.2021–)

### **Mitglied**

- Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verkehr des Bundesrates (23.11.2021–)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Umweltausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

### **Ersatzmitglied**

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (23.10.2021–)
- Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft (23.11.2021–)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates (23.11.2021–)
- Gleichbehandlungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Justizausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Wirtschaftsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

## REDEN IN PLENARSITZUNGEN



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

- [935. Sitzung \(21.12.2021\)](#)  
[Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers / HTML](#)
- [934. Sitzung \(02.12.2021\)](#)  
[Erstes EU-Informationssysteme-Anpassungsgesetz / HTML](#)
- [929. Sitzung \(15.07.2021\)](#)  
[Bundesgesetz über die Rechtspersönlichkeit von religiösen Bekenntnisgemeinschaften und Islamgesetz 2015 / HTML](#)
- [928. Sitzung \(14.07.2021\)](#)  
[Gratis Corona-Tests für Privatzimmervermieter\\*innen / HTML, 455 KB](#)
- [927. Sitzung \(24.06.2021\)](#)  
[Kündigung des Europäischen Übereinkommens über Gewalttätigkeiten und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen / HTML](#)
- [926. Sitzung \(27.05.2021\)](#)  
[Änderung der Geschäftsordnung des Bundesrates / HTML](#)  
[Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 / HTML](#)
- [925. Sitzung \(06.05.2021\)](#)  
[Aktuelle Stunde Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus „Breitband-Turbo für Österreich: 1,4 Mrd. Euro für den raschen Ausbau digitaler Infrastruktur“ / HTML, 1208 KB](#)
- [924. Sitzung \(30.03.2021\)](#)  
[Bonusticket für in Österreich lebende Menschen, die Urlaub in Österreich machen / HTML, 1248 KB](#)
- [923. Sitzung \(11.03.2021\)](#)

 [Härtefallfondsgesetz / HTML, 1441 KB](#)

 [Breitbandherbiziden / HTML, 1441 KB](#)

## Marlies Steiner-Wieser



© Parlamentsdirektion / PHOTO SIMONIS

**Geb.: 23.06.1963, Salzburg**

**Beruf: Sachbearbeiterin**

### POLITISCHE MANDATE

- Mitglied des Bundesrates, FPÖ  
13.06.2018 –

### POLITISCHE FUNKTIONEN

- Abgeordnete zum Salzburger Landtag 2013–2018
- Mitglied des Gemeinderates der Landeshauptstadt Salzburg 1999–2004
- Mitglied der Bundesparteileitung der FPÖ seit 2013
- Mitglied der Landesparteileitung der FPÖ Salzburg seit 1999
- Delegierte zum Bundesparteitag
- Landesparteiobfrau-Stellvertreterin der FPÖ Salzburg seit 2016
- Mitglied des Landesparteivorstandes der FPÖ Salzburg seit 2005
- Bezirksparteiobmann-Stellvertreterin der FPÖ Salzburg seit 2010
- Mitglied der Bezirksparteileitung der FPÖ Salzburg seit 1998
- Ortsparteiobfrau der Ortsgruppe Taxham seit 1998
- Mitglied des Bundesvorstandes des Österreichischen Seniorenringes seit 2017
- Landesobfrau des Salzburger Seniorenringes seit 2016
- Mitglied des Salzburger Kollegiums des Landesschulrates 2002–2004

- Mitglied des Kollegiums des Bezirksschulrates von Salzburg 1997–2004

## **AUSSCHÜSSE**

### **Schriftführerin**

- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (23.11.2021–)

### **Mitglied**

- Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates (23.10.2021–)
- Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates (23.11.2021–)
- Gesundheitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Gleichbehandlungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

### **Ersatzmitglied**

- Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur des Bundesrates (23.11.2021–)
- Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates (23.11.2021–)
- Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Justizausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Kinderrechteausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Umweltausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unterrichtsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)
- Wirtschaftsausschuss des Bundesrates (23.11.2021–)

**REDEN IN PLENARSITZUNGEN**

© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

- [936. Sitzung \(22.12.2021\)](#)  
[📄 Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz und Bauern-Sozialversicherungsgesetz / HTML](#)
- [935. Sitzung \(21.12.2021\)](#)  
[📄 Familienlastenausgleichsgesetz 1967 / HTML](#)  
[📄 Mutterschutzgesetz 1979 / HTML](#)
- [934. Sitzung \(02.12.2021\)](#)  
[📄 Aktuelle Stunde Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung "COVID-19: Aktuelle Lage an den Schulen" / HTML](#)  
[📄 Pensionsanpassungsgesetz 2022 – PAG 2022 / HTML](#)
- [933. Sitzung \(23.11.2021\)](#)  
[📄 Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Corona-Totalversagen der Bundesregierung" \(3953/J-BR/2021\) und Dringliche Anfrage Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz "Corona-Totalversagen der Bundesregierung" \(3954/J-BR/2021\) / HTML](#)
- [932. Sitzung \(03.11.2021\)](#)  
[📄 Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers / HTML](#)
- [931. Sitzung \(21.10.2021\)](#)  
[📄 Attraktivieren des Bundesheeres durch Anpassungen im Gehaltsgesetz / HTML](#)
- [930. Sitzung \(07.10.2021\)](#)  
[📄 Förderung der Rehkitzrettung - Rede 1 von 2 / HTML, 718 KB](#)  
[📄 Förderung der Rehkitzrettung - Rede 1 von 2 / HTML, 718 KB](#)
- [929. Sitzung \(15.07.2021\)](#)  
[📄 Bundespflegegeldgesetz / HTML](#)

- [928. Sitzung \(14.07.2021\)](#)
  - [▣Agrarfördermitteleinsatz zur Erreichung des Endes der Vollspaltenböden-Haltung von Schweinen in Österreich / HTML, 455 KB](#)
  
- [927. Sitzung \(24.06.2021\)](#)
  - [▣Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, Landarbeitsgesetz 2021 und Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 / HTML](#)
  - [▣Ärztegesetz 1998 / HTML](#)
  - [▣Dringliche Anfrage Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz "Covid-19: Herr Gesundheitsminister, wieso impfen Sie die Kinder?" \(3898/J-BR/2021\) / HTML](#)
  
- [925. Sitzung \(06.05.2021\)](#)
  - [▣Aktuelle Stunde Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus „Breitband-Turbo für Österreich: 1,4 Mrd. Euro für den raschen Ausbau digitaler Infrastruktur“ / HTML, 1208 KB](#)
  - [▣Dringliche Anfrage Bundeskanzler "Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not - Herr Bundeskanzler, tun Sie endlich etwas!" \(3876/J-BR/2021\) / HTML, 1208 KB](#)
  - [▣Maßnahmen gegen den illegalen Welpenhandel / HTML, 1208 KB](#)
  
- [924. Sitzung \(30.03.2021\)](#)
  - [▣Aktuelle Stunde Bundesministerin für Landesverteidigung "Das Österreichische Bundesheer in der Corona-Pandemie" / HTML, 1248 KB](#)
  - [▣Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und COVID-19-Gesetz-Armut / HTML, 1248 KB](#)
  - [▣Veterinärrechtsnovelle 2021 / HTML, 1248 KB](#)
  
- [923. Sitzung \(11.03.2021\)](#)
  - [▣Aktuelle Stunde Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport „#comebackstronger: Das Fitnessprogramm für Österreichs Sport“ / HTML, 1441 KB](#)
  - [▣Arbeitslosenversicherungsgesetz / HTML, 1441 KB](#)
  - [▣Dringliche Anfrage Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus "Frau Bundesministerin Köstinger, warum lassen Sie den Tourismus sterben?" \(3860/J-BR/2021\) / HTML, 1441 KB](#)
  - [▣Forderungen des Tierschutzvolksbegehrens / HTML, 1441 KB](#)
  
- [921. Sitzung \(28.01.2021\)](#)
  - [▣ein Verbot des betäubungslosen Schächtens - Rede 1 von 2 / HTML, 1095 KB](#)
  - [▣ein Verbot des betäubungslosen Schächtens - Rede 2 von 2 / HTML, 1095 KB](#)
  - [▣Dringliche Anfrage an den Bundeskanzler betreffend "Herr Bundeskanzler, wieso sperren Sie die Schulen zu?" \(3825/J-BR/2021\) / HTML, 1095 KB](#)
  
- [919. Sitzung \(15.01.2021\)](#)

[Erklärung des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers / HTML, 427 KB](#)

## 5. Steirische Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2021



© Parlamentsdirektion / Thomas Neuhauser

Mit dem Jahreswechsel hatte die Steiermark den Vorsitz im Bundesrat von Salzburg übernommen. Die Präsidentschaft von Christian Buchmann stand unter dem Motto „Das Gute liegt so nah: Die Regionen sind die Fundamente Europas“, weil es ihm ein besonderes Anliegen ist, dass sich die Regionen verstärkt in die europäischen Angelegenheiten einbringen und dadurch am gemeinsamen Haus Europa bauen. Zunächst hatte sich nicht viel an der aktuellen Lage bezüglich der Covid-19-Pandemie geändert. Österreich befand sich nach fast einem Jahr weiterhin in einer angespannten Situation.

Die Pandemie würde natürlich auch Auswirkungen auf die nächsten fünf Monate des parlamentarischen Geschehens haben, das war abzusehen. In Sondersitzungen des Bundesrates wurden weiterhin die notwendigen Gesetze zur Bekämpfung von Covid-19 beschlossen. Eine langfristige Planung war mit Beginn der steirischen Präsidentschaft nicht möglich, weil man die Entwicklung der Pandemie über ein paar Tage hinaus kaum noch vorhersehen konnte.

Auch wenn die Pandemie das europäische Geschehen bestimmte, so wollte Bundesratspräsident Buchmann dennoch nicht die Zukunft der Europäischen Union aus den Augen verlieren. Im Rahmen eines Jugendevents bekamen junge Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Kritik an Europa und ihre Vorstellungen zur Zukunft der EU zum Ausdruck zu bringen. Diese Veranstaltung trat an die Stelle der üblichen Enquete. Um den Prozess der Akkordierung zwischen den Bundesländern in EU-Angelegenheiten zu optimieren, fand im Rahmen eines Bundesrates im Bundesland ein Vernetzungstreffen der Vorsitzenden der EU-Ausschüsse der Landtage gemeinsam mit den Mitgliedern des EU-Bundesratsausschusses in der Steiermark statt.

Der österreichische Bundesrat sollte damit seine Rolle als aktive Kammer im Rahmen der Europäischen Union festigen. Gegen Ende des Vorsitzes der Steiermark im Bundesrat begann sich die gesundheitliche Lage dann soweit zu entschärfen, dass zum Abschluss sogar der traditionelle Empfang des Vorsitz führenden Bundeslandes und die erste Auslandsreise eines Bundesratspräsidiums seit November 2019 stattfinden konnte. Das Präsidium des Bundesrates nutzte dies, um in Rom mit der Präsidentin des

italienischen Senats und dem Präsidenten der italienischen Abgeordnetenkammer Gespräche zu führen und an einer Audienz bei Papst Franziskus teilzunehmen.

## 5.1 Steirischer Vorsitz im Bundesrat und der Landeshauptleutekonferenz



© Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

„Wir können diese Krise nur gemeinsam überwinden“, betonte Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer in seiner Erklärung vor dem Bundesrat. Schützenhöfers wichtigste Erkenntnis in der Coronapandemie sei, dass „wir nur stark sind, wenn wir an einem Strang ziehen“ und über die Parteigrenzen hinweg nach Lösungen gesucht werde.

Der steirische Landeshauptmann ortete einen Spalt in der Gesellschaft und Politik, den es mit demokratischen Mitteln zu bekämpfen gelte. Er sei über die Tonalität und Niveaulosigkeit in manchen Redebeiträgen besorgt. Dies sei nicht der Weg, um große Probleme gemeinsam zu lösen. Kritik sei ein Lebenselement der Demokratie, man müsse jedoch versuchen, Konflikte zivilisiert zu lösen. Schützenhöfer appellierte daran, nun „das Richtige“ zu tun. Dies müsse aber gleichzeitig nicht immer populär sein. Was die Schwerpunkte seines Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz betrifft, betonte der Landeshauptmann die Stärkung des Zusammenhaltes in der Gesellschaft sowie die Maßnahmen zum „Comeback der Wirtschaft“, die Sicherung von Arbeitsplätzen sowie die Digitalisierung des ländlichen Raums.

Aktuell seien rund eine Million Menschen arbeitslos oder in Kurzarbeit, es gehe nun darum, den „Wirtschaftsmotor wieder so rasch wie möglich auf Touren zu bringen, damit alle ÖsterreicherInnen einen Arbeitsplatz bekommen“. Dazu brauche es Investitionen auf allen Ebenen. Gleichzeitig gelte es, „klare“ Maßnahmen zur Kontrolle des Virus zu setzen sowie Zuversicht in einer Zeit zu vermitteln, „wo wir heute nicht wissen, was morgen passiert“. Schützenhöfer begrüßte in diesem Zusammenhang den „Schulterschluss“ der Bundesregierung mit den Bundesländern in den letzten Wochen.

Abschließend appellierte er an das Hochhalten von „Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“, diese seien die Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

## 5.2 Initiative des Bundesrates - Jugendprojekt „Zukunft. Jugend. Europa“



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Die Zukunft unserer Jugend in Europa. Eine breite Palette an Ideen, Wünschen und Sorgen zur Zukunft Europas wurde am 25. Mai 2021 in der Diskussion des Bundesrates „Zukunft. Jugend. Europa“ thematisiert. Hochrangige politische VertreterInnen aus Österreich und Europa beteiligten sich daran. Im Mittelpunkt standen die Überlegungen von Jugendlichen, die zuvor ihre Ideen für Europa in einem Videowettbewerb vorstellten.

Im Vorfeld der Veranstaltung hatten die RednerInnen an einem digitalen Videowettbewerb teilgenommen, in dem sie aufgerufen waren, ihre Inputs zur Zukunft Europas in Form von Videostatements einzubringen. Viele Jugendliche kamen dieser Aufforderung nach und teilten ihre Gedanken zur Zukunft Europas bei der Veranstaltung. Die Veranstaltung wurde teilweise virtuell, in einer Kombination aus Videobeiträgen und Reden vor Ort abgehalten.

Der österreichische Bundesrat verstehe sich als Zukunfts- und Europakammer des österreichischen Parlaments und habe in der Vergangenheit viele wichtige Initiativen gesetzt, erinnerte Bundesratspräsident Christian Buchmann in seiner Eröffnungsrede. Sein Motto sei immer gewesen, dass die Regionen die Fundamente Europas darstellten, und von ihnen entscheidende Akzente ausgingen. Die gemeinsam mit der Bundesjugendvertretung vorbereitete Veranstaltung sei ein weiterer wichtiger Beitrag zur Gestaltung der Zukunft der Union, wobei vor allem die Ideen der jungen Menschen, die von der Pandemie besonders betroffen waren, präsentiert werden sollten. Die Jugendlichen hätten damit die Möglichkeit, am gemeinsamen Haus Europa zu bauen, so unterschiedlich die Zimmer auch sein mögen.

Eingangs wandten sich sowohl die Vizepräsidentin der Kommission Dubravka Šuica als auch der Vizepräsident des Europäischen Parlaments Othmar Karas mit Videobotschaften an die TeilnehmerInnen. In einer Keynote ermunterte Europaministerin Karoline Edtstadler die Jugendlichen, sich am Diskussionsprozess aktiv zu beteiligen, denn „wer die Zukunft gestalten will, muss heute anfangen“.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung diskutierten die Jugendlichen des Videowettbewerbs in Interviews über ihre Vorstellungen von ihrer Zukunft in Europa mit Mitgliedern des Bundesrates. Das

Spektrum der vorgetragenen Themen der jungen Erwachsenen aus verschiedenen Bundesländern reichte von Dialog- und Partizipationsmöglichkeiten über Rechtsstaatlichkeit, Erasmus Plus und eine „EU zum Angreifen“ für Lehrlinge, Breitband und Digitalisierung bis hin zu einer nachhaltigen Forstwirtschaft, für die es ein europaweites Konzept und ein klares Bekenntnis zur Bewirtschaftung der Wälder für Rohstoff und Arbeitsplätze brauche.

Zur Klimakrise brauche es konkrete, verbindliche Zwischenziele, forderte eine Teilnehmerin. Hier werde derzeit zu sehr „prokrastiniert“. Außerdem sollten Jugendinteressen zur Priorität gemacht und nicht nur „gehört“ werden, wurde von mehreren Seiten aufgeworfen. Jugendliche sollten an den Verhandlungstisch und von den EntscheidungsträgerInnen als ExpertInnen für ihre Altersgruppe wahrgenommen werden. Infrage gestellt wurde das Einstimmigkeitsprinzip in der EU. Dieses blockiere und verhindere dringende Reformen, so die Bedenken. Selbst in einer Schulklasse mit 27 SchülerInnen sei eine Einigung aller nie möglich, warf eine Teilnehmerin auf. Es brauche außerdem ein Förderungssystem, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, lautete ein Anliegen.

Als wichtiger Aspekt der EU gelte etwa die Reisefreiheit. Umgekehrt führe in ländlichen Regionen fehlendes Wissen zu EU-Skepsis. Was die Digitalisierung betrifft, brauche es im Hinblick auf Daten, Technologien und Infrastruktur Rahmenbedingungen für Innovationen und neue Geschäftsideen. In der Bildung gelte es, über die Hardware hinaus in das Know-how dahinter zu investieren. Aktuell sei etwa durch die Situation in der Pandemie das Vertrauen in die EU nicht am Höchststand, wie ein Teilnehmer aufwarf. Eine weitere Forderung einer Teilnehmerin lautete, es sollten keine EU-Gelder mehr an Mitgliedstaaten fließen, die ihr „Rechtsstaatsystem an die Wand fahren“. Dafür gelte es, starken Journalismus zur langfristigen Erhaltung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu fördern.

Kritik an der EU dürfe nicht jenen überlassen werden, die sie zerstören wollen, so ein weiterer Redner, der sich unter anderem für gemeinsame EU-Außengrenzen, mehr Selbstbewusstsein für die EU als drittgrößte Volkswirtschaft und für mehr Demokratie – etwa mit einer Direktwahl des Kommissionspräsidenten – aussprach. Eine weitere Teilnehmerin möchte etwa durch verstärkte Förderung außerschulischer Kinder- und Jugendorganisationen einerseits Jugendlichen im ländlichen Bereich die EU „schmackhaft“ machen, andererseits jungen Menschen bessere Chancen ermöglichen, nach Europa zu kommen.

Zum Abschluss der Veranstaltung hatten MadatarInnen der im Bundesrat vertretenen Parteien Gelegenheit zu Statements und nutzten diese auch für Fragen an die Jugendlichen.

## 6. Tiroler Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2021



© Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Mit einem landesüblichen Tiroler Empfang am Heldenplatz und einer Festveranstaltung im Parlament in der Hofburg leitete Bundesratspräsident Peter Raggl seinen Vorsitz in der Länderkammer für die zweite Jahreshälfte 2021 ein. Er hatte turnusmäßig mit 1. Juli für das Bundesland Tirol den Vorsitz im Bundesrat übernommen. Die Präsidentschaft stand unter dem Motto „Starke Regionen – starke Republik“ und fügte sich in das Thema „Masterplan ländlicher Raum“ ein, das schon von Raggl's VorgängerInnen forciert wurde.

Bundesratspräsident Peter Raggl präsentierte anhand seines Heimatbezirkes Landeck die Verzahnung von Landwirtschaft und Tourismus und die nun zu erfolgende Wiederaufbauarbeit nach der Covid-Pandemie. Demnach zählten im Bezirk Landeck 60% der bäuerlichen Betriebe zu Bergbaugebieten. Durch Corona bilanzierte die vergangene Wintersaison mit nahezu null Nächtigungen, damit sei auch die Landwirtschaft in Bedrängnis gekommen. „Geht es der Landwirtschaft gut, geht es dem Tourismus gut,“ so Raggl, daher habe er seine Bundesratspräsidentschaft unter das Motto „Starke Regionen, starke Republik“ gelegt. Er wolle damit Tourismus und Landwirtschaft stärker als bisher verzahnen.

Dieses Motto bekräftigte auch Tirols Landeshauptmann Günther Platter in seinen Grußworten mit Hinweis auf die positiven Seiten des Föderalismus. „Geht es den Bundesländern gut, geht es der Republik Österreich gut“, so Platter. Föderalismus werde oft falsch verstanden, als "ewiggestrig". Tatsache sei jedoch, dass der Föderalismus eine entscheidende Rolle spiele, denn damit sei man nah an den Menschen, und es funktioniere eben nur im Zusammenspiel von Ländern und Gemeinden und dem Bund, so Platter.

Im Zentrum der Tätigkeiten von Bundesratspräsident Raggl stand das Thema Wertschätzung für den ländlichen Raum, wozu auch eine parlamentarische Enquete des Bundesrates abgehalten wurde. Diese habe aufgezeigt, dass die Pandemie eine neue Wertschätzung für den ländlichen Raum mit sich gebracht hat, so Raggl. Der Wunsch, am Land in einer gesunden Umwelt zu leben, von bäuerlicher Nahversorgung zu profitieren und in der Geborgenheit einer ländlichen Gemeinschaft zu leben, sei deutlich gewachsen. Der Bundesrat habe mit dem Masterplan ländlicher Raum die Themenführerschaft für die ländlichen Regionen übernommen, unterstrich er.

Der Bundesrat sei die „Europakammer des Parlaments“ und „Scharnier der ländlichen Regionen zur internationalen Politik“, berichtete Raggl über internationale Tätigkeiten und den Besuch im Vereinigten Königreich. Als einen der Höhepunkte seiner Präsidentschaft bezeichnete der Tiroler die im September in Wien abgehaltene Weltkonferenz der Parlamentspräsidenten. Als Mitgastgeber führte er zahlreiche bilaterale Gespräche, unter anderem mit der Vorsitzenden des Föderationsrates der Russischen Föderation und der japanischen Parlamentspräsidentin. Dabei wurde die Situation in den ländlichen Räumen der jeweiligen Länder thematisiert. Insbesondere ging es darum, die Regionen vital zu halten, unterstrich Raggl.

## 6.1 Tiroler Vorsitz im Bundesrat und der Landeshauptleutekonferenz



© Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Anlässlich der Tiroler Vorsitzübernahme im Bundesrat sowie in der Landeshauptleutekonferenz gab Landeshauptmann Günther Platter eine Erklärung zum Thema „Österreichs Zukunft sichern“ im Plenum der Länderkammer ab. Dabei zeigte sich Platter überzeugt, dass die Pandemiebekämpfung nur in einem „guten Zusammenspiel zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern“ funktionieren würde. Dafür seien die föderalen Strukturen von großer Bedeutung. Zudem müsse man die Landflucht „mit allen Mitteln bekämpfen“, denn nur starke Regionen würden zu einer starken Republik beitragen. Hier sei vor allem der Breitbandausbau zur weiteren Digitalisierung hervorzuheben.

Die ÖVP betonte in der anschließenden Diskussion die Wichtigkeit, die Unabhängigkeit in systemrelevanten Bereichen, etwa im Energie- oder im medizinischen Bereich, zu stärken, während sich die Grünen für eine Evaluierung des Corona-Managements aussprachen. SPÖ und FPÖ kritisierten, unter anderem in Bezug auf die Causa Ischgl, das Corona-Missmanagement der Landesregierung. Die NEOS forderten einen Zukunftskonvent für einen „Neustart Österreichs“.

„Das föderale System ist unverzichtbar“, das habe man gerade in den Zeiten der Pandemie gesehen, betonte Landeshauptmann Günther Platter in seiner Erklärung vor dem Bundesrat. Menschenleben zu schützen und zu retten gehe nur in „gutem Zusammenspiel zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern“, denn die beschlossenen Maßnahmen seien auf Landes- und Gemeindeebene umzusetzen. Platter ging davon aus, dass „uns die Pandemie weiter beschäftigen wird, da das Virus nicht weg ist“. Man dürfe aber nicht überreagieren, entscheidend sei die Hospitalisierungsrate. Der

Schlüssel gegen die Pandemie sei immer noch die Impfung, hier müsse man die Bevölkerung weiter sensibilisieren und auf die Eigenverantwortung appellieren, so der Tiroler Landeshauptmann.

Die Bereiche Arbeitsmarkt und Wirtschaft, in Tirol insbesondere der Tourismus, seien pandemiebedingt besonders betroffen. „Hier müssen wir alles daran setzen, dass die Menschen wieder Arbeit haben und die Wirtschaft anläuft“, unterstrich Platter. Eine „große Lehre“ sei zudem, dass „nicht alles auf andere Kontinente ausgelagert werden kann“. Platter erwähnte hier etwa die Produktion von Masken oder Medikamenten.

Platter appellierte abschließend auf die Wortwahl in der Politik aufzupassen. Kritische Debatten würden zwar zu gelebtem Parlamentarismus dazugehören, PolitikerInnen müssten dabei jedoch konstruktiv agieren, ansonsten würden sich die Menschen von der Politik abwenden.

## 6.2 Enquete „Postcorona – Neue Wertschätzung für den ländlichen Raum“



© Parlamentsdirektion / Thomas Jantzen

Die Veränderungen, die Österreich im Zuge der COVID-19-Pandemie durchmacht, behandelte der Bundesrat in einer Enquete mit dem Titel „Postcorona – Neue Wertschätzung für den ländlichen Raum“. In seinen einleitenden Worten meinte Bundesratspräsident Peter Raggl mit Verweis auf diesen Titel, anders als erhofft habe die Pandemie noch kein Ende gefunden. Vor diesem Hintergrund sei es bemerkenswert, wie schnell sich die heimische Wirtschaft in vielen Bereichen wieder erholt habe, nicht zuletzt dank der durch Corona erhöhten Akzeptanz ortsungebundenen Arbeitens. Wie aus diesem Trend eine neue Partnerschaft zwischen Stadt und Land entstehen kann, werde im Rahmen dieser Enquete erörtert, so Raggl: „Es geht um kein Gegeneinander, es geht mir um einen neues Miteinander“.

In zwei Panels referierten unter anderem Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger, Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck, die Bundesministerin für Umwelt und Verkehr, Leonore Gewessler und der Generalsekretär des Arbeitsmarktservice Johannes Kopf über Chancen und Herausforderungen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüche, vor denen Österreich infolge der Corona-Pandemie steht. Danach folgen die Fraktionsvorsitzenden des Bundesrates mit ihren Statements sowie eine Diskussion mit dem Plenum der Veranstaltung.

Unter den TeilnehmerInnen der hochkarätig besetzten Enquete mit ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik, Arbeitsmarktservice und Sozialpartnerschaft war auch Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka.

Österreich habe sich durch die Pandemie gewandelt, so Präsident Raggl, „Corona hat vieles verändert“, habe die Gesellschaft in vielen Dingen geeint, aber auch in manchen Aspekten gespalten. „Sie hat aber jedenfalls eine neue Wertschätzung für den ländlichen Raum mit sich gebracht“, sah Raggl eine neue Chance, die Regionen mit ihrer ländlichen Gemeinschaft, gesunden Umwelt und bäuerlichen Nahversorgung wieder als Wohn- und Arbeitsorte attraktiver zu machen. Nicht zuletzt die schwierige Situation am Wohnungsmarkt in den städtischen Gebieten beschleunige neben des durch Corona mehr akzeptierten "Remote Work" die Rückbesinnung auf den ländlichen Raum.

Im Sinne einer prosperierenden Wirtschaft und eines guten Angebots an Arbeitsplätzen brauche es daher eine bessere Vernetzung von Stadt und Land, folgerte Raggl. Er bezog sich dabei sowohl auf die Digitalisierung, die vorangetrieben werden müsse, als auch auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Letztlich gehe es darum, am Land in Zeiten der Dezentralisierung eine Chancengleichheit gegenüber der Stadtbevölkerung zu schaffen: „Mehr Fairness für den ländlichen Raum“, ohne das als Gegensatz zwischen Stadt und Land zu sehen.

In seinem Impulsreferat beleuchtete der deutsche Publizist und Trendforscher Matthias Horx in der Enquete die von Präsident Raggl angeregte neue Partnerschaft zwischen Stadt und Land. „Die neue Stadt-Land-Dynamik“ zeigt sich ihm zufolge in einem geänderten Diskurs über den ländlichen Raum, der lange dem Untergang geweiht schien. In den letzten drei Jahrzehnten sei die Topographie Europas von einer "Turbo-Urbanisierung" geprägt gewesen, auch seitens der Politik sei oft ein unterschwelliger Kulturkampf zwischen Peripherien und Städten mit ihren sozialen Unterschieden heraufbeschworen worden. Das rapide Anwachsen der Großstädte habe zu einer Entleerung der ländlichen Räume geführt.

Horx ließ dahingestellt, inwieweit diese extremen Sichtweisen der gesellschaftlichen Spaltung mit der Realität übereinstimmen, er hielt aber fest, durch Corona sei nun jedenfalls ein Gegenteil erzeugt worden. Als neue Normalität kristallisiere sich „die Sehnsucht nach dem Land“ in großen Teilen der Bevölkerung heraus: viele wollten wieder näher an der Natur sein, auch "Urbanisten" strebten nach einer neuen Lebensweise in der Stadt.

Die Digitalisierung spiele hier eine bedeutende Rolle, analysierte Horx, fügte allerdings an, das Internet allein könne die Verödung der Dörfer nicht beheben. Wichtig sei die progressive Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen den BewohnerInnen von Stadt und Land. In gewissen Bereichen erkennt der Zukunftsforscher diese Veränderung bereits, etwa bei der Verstärkung von dörflichen Kulturformen im Rahmen des Zuzugs. Auf der anderen Seite würden in Städten neue kooperative Formen entstehen, die man mit der Industrialisierung verloren habe, wies Horx auf gesellschaftliche Phänomene wie „Co-Working“, „Co-Gardening“ und „Co-Mobility“ hin sowie auf die Hinwendung der Lebensräume zu post-industriellen Grätzl-Strukturen.

Zur Wiederbelebung der Dörfer und ihrer Ortskerne meinte Horx, neue kreative Bürgermeister und Bürgermeisterinnen seien entscheidend, um Spaltungen zu überwinden und etwa im architektonischen Feld neue Ideen einzubringen. Ein neues "Storytelling" der Regionen mit regionalen Spezialitäten, Handwerken und Eigenheiten im Mittelpunkt habe schon vielerorts in Europa die Zuzugspolitik in die Dörfer und deren Tourismuswirtschaft unterstützt. „Die Liebe zur Heimat ist die Grundlage selbstbewussten Wandels“, schloss der Wissenschaftler. Die neue Auseinandersetzung zwischen Stadt und Land könne dadurch für alle bereichernd sein.

Im ersten Panel „Paradigmenwechsel am Land: Chancen, Risiken und Schwerpunkte“ umrissen die Bundesministerinnen Elisabeth Köstinger, Leonore Gewessler und Margarete Schramböck die Zukunftsperspektiven der österreichischen Regionen. Landwirtschaftsministerin Köstinger richtete den Fokus dabei auf die Qualitätsfaktoren bei der Weiterentwicklung der ländlichen Raumplanung, Umwelt- und Verkehrsministerin Gewessler auf Mobilitätsfragen im Zusammenspiel vom urbanen und ländlichen Raum und Wirtschaftsministerin Schramböck befasste sich mit der zentralen Rolle der Digitalisierung in diesem Zusammenhang.

„Postcorona – Schlussfolgerungen für die ländlichen Regionen“ lautete der Titel des zweiten Panels, bei dem nach einer Keynote von Universitätsprofessor Markus Schermer zu gesellschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie der Tiroler Landesrat Johannes Tratter und der niederösterreichische Landesrat Ludwig Schleritzko für ihre Bundesländer Antworten auf Herausforderungen der Zukunft gaben. Zur Dezentralisierung von Arbeit nahm in weiterer Folge Arbeitsmarktservice-Chef Johannes Kopf Stellung und Vera Glassner von der Arbeiterkammer Wien beleuchtete die Situation von Frauen und Familie. Die Lehren aus der Corona-Krise in Hinblick auf agrarpolitische Forderungen thematisierte Manfred Muhr, Erster Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Kärnten.

## 7. Anfragen des Bundesrates 2021

23.12.2021	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 306/E-BR/2020 - beantwortet durch ( 3642/AB-BR/2021</u>	3937/J-BR/2021
22.12.2021	J-BR	<u>Gutachten, Studien und Umfragen - Frist für die Beantwortung 22.02.2022</u>	3980/J-BR/2021
22.12.2021	J-BR	<u>Gutachten, Studien und Umfragen - Frist für die Beantwortung 22.02.2022</u>	3979/J-BR/2021
22.12.2021	J-BR	<u>Gutachten, Studien und Umfragen - Frist für die Beantwortung 22.02.2022</u>	3978/J-BR/2021
22.12.2021	J-BR	<u>2G-Regel an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt - Frist für die Beantwortung 22.02.2022</u>	3977/J-BR/2021
22.12.2021	J-BR	<u>Beantwortung von Fragen im Rahmen der Fragestunde - beantwortet durch ( 3641/AB-BR/2021</u>	3930/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>2G-Beschränkung für Hundeausbildung - Frist für die Beantwortung 21.02.2022</u>	3976/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Evakuierungen aus Afghanistan - Frist für die Beantwortung 21.02.2022</u>	3975/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>geimpfte und nicht ausreichend geimpfte Patienten in Spitälern - Frist für die Beantwortung 21.02.2022</u>	3974/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Nachmittagsbetreuung und Ausbau von Ganztagsschulen - Frist für die Beantwortung 20.02.2022</u>	3973/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Beirat für Elementarpädagogik und Bund-Länder-Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG - Frist für die Beantwortung 20.02.2022</u>	3972/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Bildungszentrum im Süden von Graz - Frist für die Beantwortung 16.02.2022</u>	3971/J-BR/2021

21.12.2021	J-BR	<u>Projekt Selbstwert- Mädchen und junge Frauen stärken! - Frist für die Beantwortung 15.02.2022</u>	3969/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Ausbau von Breitbandverbindungen und die Breitbandstrategie 2030 - Frist für die Beantwortung 15.02.2022</u>	3968/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Ausbau von Breitbandverbindungen und die Breitbandstrategie 2030 - Frist für die Beantwortung 15.02.2022</u>	3967/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Sachverhaltsdarstellung zum Wirtschaftspark Sieghartskirchen - Frist für die Beantwortung 13.02.2022</u>	3966/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>ÖVP/Grüne-Bundesregierung verschlechtert die finanzielle Lage der Menschen und der Kommunen - Gemeinden sind aber Motor der wirtschaftlichen Erholung nach der Krise und nah bei den Menschen - beantwortet durch ( 3634/AB-BR/2021</u>	3929/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Messengerdienste und Datenlöschung auf Mitarbeitergeräten im Kabinett - beantwortet durch ( 3633/AB-BR/2021</u>	3928/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 298/E-BR/2020 - beantwortet durch ( 3640/AB-BR/2021</u>	3927/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 281/E-BR/2020 - beantwortet durch ( 3639/AB-BR/2021</u>	3926/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 283/E-BR/2020 - beantwortet durch ( 3638/AB-BR/2021</u>	3925/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 302/E-BR/2020 - beantwortet durch ( 3637/AB-BR/2021</u>	3924/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 271/E-BR/2020 - beantwortet durch ( 3635/AB-BR/2021</u>	3922/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 273/E-BR/2020 - beantwortet durch ( 3636/AB-BR/2021</u>	3921/J-BR/2021
21.12.2021	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 273/E-BR/2020 - beantwortet durch ( 3632/AB-BR/2021</u>	3919/J-BR/2021
20.12.2021	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 296/E-BR/2020 - beantwortet durch ( 3630/AB-BR/2021</u>	3923/J-BR/2021
20.12.2021	J-BR	<u>Umsetzung der EntschlieÙung 271/E-BR/2020 - beantwortet durch ( 3631/AB-BR/2021</u>	3920/J-BR/2021
07.12.2021	J-BR	<u>"Blackout - der Herzschlag-Event unserer Republik" oder teure PR-Show? - beantwortet durch ( 3629/AB-BR/2021</u>	3917/J-BR/2021
03.12.2021	J-BR	<u>psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Zeiten von Corona - beantwortet durch ( 3628/AB-BR/2021</u>	3916/J-BR/2021

02.12.2021	J-BR	<u>Corona-Chaos in Kindergärten, an Schulen, Fachhochschulen und Universitäten - Dringliche Anfrage</u>	3961/J-BR/2021
02.12.2021	J-BR	<u>Im Taumel zwischen Corona-Maßnahmen-Chaos, Lockdown-Partys der Bundesregierung und Impfpflicht - Dringliche Anfrage</u>	3960/J-BR/2021
29.11.2021	J-BR	<u>Corona-Testlabor in St. Pölten - beantwortet durch ( 3626/AB-BR/2021</u>	3915/J-BR/2021
29.11.2021	J-BR	<u>Druck auf Kinder mittels Impfbusse vor Schulen - beantwortet durch ( 3627/AB-BR/2021</u>	3914/J-BR/2021
23.11.2021	J-BR	<u>Corona-Totalversagen der Bundesregierung - Dringliche Anfrage</u>	3954/J-BR/2021
23.11.2021	J-BR	<u>Corona-Totalversagen der Bundesregierung - Dringliche Anfrage</u>	3953/J-BR/2021
20.11.2021	J-BR	<u>Zukunft der Graz-Köflacher-Bahn - beantwortet durch ( 3625/AB-BR/2021</u>	3913/J-BR/2021
20.11.2021	J-BR	<u>Eingliederung der GKB in die ÖBB? - beantwortet durch ( 3624/AB-BR/2021</u>	3912/J-BR/2021
19.11.2021	J-BR	<u>Eingliederung der GKB in die ÖBB? - beantwortet durch ( 3620/AB-BR/2021</u>	3911/J-BR/2021
19.11.2021	J-BR	<u>Investitionsprämie als Anstoß für Neuinvestitionen (Folgeanfrage) - beantwortet durch ( 3623/AB-BR/2021</u>	3910/J-BR/2021
19.11.2021	J-BR	<u>Investitionsprämie als Anstoß für Neuinvestitionen (Folgeanfrage) - beantwortet durch ( 3621/AB-BR/2021</u>	3909/J-BR/2021
19.11.2021	J-BR	<u>Wiederaufbauplan für Österreich - Mittel aus dem Resilienzfonds - beantwortet durch ( 3622/AB-BR/2021</u>	3907/J-BR/2021
16.11.2021	J-BR	<u>Maßnahmen zur Erhaltung von Eisenbahnstecken - beantwortet durch ( 3619/AB-BR/2021</u>	3908/J-BR/2021
16.11.2021	J-BR	<u>Stromtankstellen für die wachsende E-Mobilität in Österreich - beantwortet durch ( 3618/AB-BR/2021</u>	3906/J-BR/2021
29.10.2021	J-BR	<u>steigende Schulabmeldungen in der Steiermark - beantwortet durch ( 3617/AB-BR/2021</u>	3905/J-BR/2021
21.10.2021	M-BR	<u>Arbeitsmarktmaßnahmen für Frauen</u>	1932/M-BR/2021
21.10.2021	M-BR	<u>Arbeitslosigkeit durch Corona</u>	1931/M-BR/2021
21.10.2021	M-BR	<u>Sicherstellung der Verbesserungen für Arbeitnehmer*innen im Bereich der Kinderbetreuung und der Pflege</u>	1930/M-BR/2021

21.10.2021	M-BR	<u>Maßnahmen zur Eindämmung der Langzeitarbeitslosigkeit</u>	1929/M-BR/2021
21.10.2021	M-BR	<u>Reform des Arbeitslosenversicherungsgeldes</u>	1928/M-BR/2021
21.10.2021	M-BR	<u>durch Ihre Mitarbeiter geschredderte/gelöschte Akten</u>	1927/M-BR/2021
21.10.2021	M-BR	<u>Reformdialog zur Arbeitslosenversicherung Neu</u>	1926/M-BR/2021
21.10.2021	M-BR	<u>Arbeitsmarktzahlen der Regionen</u>	1925/M-BR/2021
21.10.2021	M-BR	<u>Hilfe für Familien durch Inanspruchnahme der Sonderbetreuungszeit</u>	1924/M-BR/2021
21.10.2021	M-BR	<u>Wirksamkeit der Corona-Joboffensive bzw. des Programms "Sprungbrett"</u>	1923/M-BR/2021
21.10.2021	J-BR	<u>ÖVP/Grüne-Bundesregierung verschlechtert die finanzielle Lage der Menschen und der Kommunen - Gemeinden sind aber Motor der wirtschaftlichen Erholung nach der Krise und nah bei den Menschen - Dringliche Anfrage</u>	3918/J-BR/2021
07.10.2021	J-BR	<u>Berücksichtigung der Kinderrechte im Berich des Asylrechts und in Asyl- und Bleiberechtsverfahren - beantwortet durch ( 3616/AB-BR/2021</u>	3904/J-BR/2021
07.10.2021	J-BR	<u>Berücksichtigung der Kinderrechte im Bereich des Asylrechts und in Asyl- und Bleiberechtsverfahren - beantwortet durch ( 3615/AB-BR/2021</u>	3903/J-BR/2021
15.09.2021	J-BR	<u>Klimaerwärmung und Einführung emissionsarmer Pkw - beantwortet durch ( 3614/AB-BR/2021</u>	3902/J-BR/2021
13.09.2021	J-BR	<u>Kriminalität in steirischen Parkanlagen in den Jahren 2018 bis 2021 - beantwortet durch ( 3613/AB-BR/2021</u>	3900/J-BR/2021
02.09.2021	J-BR	<u>Öffentlicher Personennahverkehr im Weinviertel - beantwortet durch ( 3612/AB-BR/2021</u>	3899/J-BR/2021
17.08.2021	J-BR	<u>Festnahme eines Journalisten - beantwortet durch ( 3611/AB-BR/2021</u>	3897/J-BR/2021
09.08.2021	J-BR	<u>Straftaten am Naherholungsgebiet Auwiese in Graz - beantwortet durch ( 3610/AB-BR/2021</u>	3896/J-BR/2021
27.07.2021	J-BR	<u>3G-Status des Bundeskanzlers im Schweizerhaus - beantwortet durch ( 3607/AB-BR/2021</u>	3894/J-BR/2021
27.07.2021	J-BR	<u>3G-Status der Bundesministerin für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus im Schweizerhaus - beantwortet durch ( 3606/AB-BR/2021</u>	3893/J-BR/2021
27.07.2021	J-BR	<u>3G-Status des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport im Schweizerhaus - beantwortet durch ( 3609/AB-BR/2021</u>	3892/J-BR/2021

27.07.2021	J-BR	<u>3G-Status der Kulturstaatssekretärin im Schweizerhaus - beantwortet durch ( 3608/AB-BR/2021</u>	3891/J-BR/2021
26.07.2021	J-BR	<u>Versorgungslage psychiatrisch erkrankter Kinder und Jugendlicher - beantwortet durch ( 3605/AB-BR/2021</u>	3895/J-BR/2021
23.07.2021	J-BR	<u>Life Science - beantwortet durch ( 3604/AB-BR/2021</u>	3890/J-BR/2021
15.07.2021	J-BR	<u>Türkis-Grünes Autofahrerbashing: Straßenbau-Stopp, exorbitante Steuererhöhungen und Abzocke bei Verkehrsstrafen - Dringliche Anfrage</u>	3901/J-BR/2021
12.07.2021	J-BR	<u>parteipolitische Werbung im Österreichischen Bundesheer - beantwortet durch ( 3603/AB-BR/2021</u>	3889/J-BR/2021
07.07.2021	J-BR	<u>Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not - der Bundeskanzler sieht sich als nicht zuständig! Was tun Sie, Herr Minister? - beantwortet durch ( 3595/AB-BR/2021</u>	3888/J-BR/2021
07.07.2021	J-BR	<u>Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not - der Bundeskanzler sieht sich als nicht zuständig! Was tun Sie, Herr Minister? - beantwortet durch ( 3600/AB-BR/2021</u>	3887/J-BR/2021
07.07.2021	J-BR	<u>Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not - der Bundeskanzler sieht sich als nicht zuständig! Was tun Sie, Herr Minister? - beantwortet durch ( 3596/AB-BR/2021</u>	3886/J-BR/2021
07.07.2021	J-BR	<u>Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not - der Bundeskanzler sieht sich als nicht zuständig! Was tun Sie, Herr Minister? - beantwortet durch ( 3598/AB-BR/2021</u>	3884/J-BR/2021
07.07.2021	J-BR	<u>Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not - der Bundeskanzler sieht sich als nicht zuständig! Was tun Sie, Herr Minister? - beantwortet durch ( 3597/AB-BR/2021</u>	3883/J-BR/2021
07.07.2021	J-BR	<u>allgemeine Ableitungen aus dem Fall Naveed ABBAS/Corona-Situationen/mündliche Verhandlungen vor dem BVwG/anwaltliche Vertretungen im Erstinstanzlichen Verfahren/Dolmetscher - beantwortet durch ( 3599/AB-BR/2021</u>	3882/J-BR/2021
06.07.2021	J-BR	<u>Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not - der Bundeskanzler sieht sich als nicht zuständig! Was tun Sie, Frau Minister? - beantwortet durch ( 3594/AB-BR/2021</u>	3885/J-BR/2021

06.07.2021	J-BR	<u>Zoom-Bombing - Aktuelle Gefahrenlage und Strategie der Behörden in Österreich - beantwortet durch ( 3592/AB-BR/2021</u>	3880/J-BR/2021
06.07.2021	J-BR	<u>Geplante Einstellung der Wiener Zeitung (Folgeanfrage) - beantwortet durch ( 3602/AB-BR/2021</u>	3879/J-BR/2021
06.07.2021	J-BR	<u>Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not - Herr Bundeskanzler, tun Sie endlich etwas! - beantwortet durch ( 3593/AB-BR/2021</u>	3878/J-BR/2021
06.07.2021	J-BR	<u>Ergebnisse der Gesprächsrunden der Frauenministerin mit Expertinnen - beantwortet durch ( 3601/AB-BR/2021</u>	3877/J-BR/2021
05.07.2021	J-BR	<u>pandemische Aussagekraft von Corona-Tests - beantwortet durch ( 3591/AB-BR/2021</u>	3881/J-BR/2021
24.06.2021	J-BR	<u>Covid-19: Herr Gesundheitsminister, wieso impfen Sie die Kinder? - Dringliche Anfrage</u>	3898/J-BR/2021
21.06.2021	J-BR	<u>Krankenkassenbeiträge für Asylwerber in den Jahren 2018, 2019 und 2020 - beantwortet durch ( 3590/AB-BR/2021</u>	3875/J-BR/2021
21.06.2021	J-BR	<u>Stillstand bei S 8 Marchfeld Schnellstraße - beantwortet durch ( 3589/AB-BR/2021</u>	3874/J-BR/2021
11.06.2021	J-BR	<u>Video- und Telefondolmetsch in steirischen Bildungseinrichtungen - beantwortet durch ( 3587/AB-BR/2021</u>	3873/J-BR/2021
11.06.2021	J-BR	<u>Breitbandausbau in der Steiermark - beantwortet durch ( 3588/AB-BR/2021</u>	3872/J-BR/2021
28.05.2021	J-BR	<u>Der Kanzler im Korruptionssumpf - beantwortet durch ( 3586/AB-BR/2021</u>	3871/J-BR/2021
26.05.2021	J-BR	<u>Umbau des Fliegerhorstes Brumowski in Sicherheitsinsel - beantwortet durch ( 3585/AB-BR/2021</u>	3869/J-BR/2021
25.05.2021	J-BR	<u>Razzien in der Müllbranche - beantwortet durch ( 3583/AB-BR/2021</u>	3868/J-BR/2021
25.05.2021	J-BR	<u>Meldepflichten hinsichtlich Nebenwirkungen der verschiedenen Covid-19 Impfstoffe - beantwortet durch ( 3584/AB-BR/2021</u>	3867/J-BR/2021
21.05.2021	J-BR	<u>Umsetzung der Sonderbetreuungszeit - beantwortet durch ( 3581/AB-BR/2021</u>	3865/J-BR/2021
21.05.2021	J-BR	<u>Umsetzung der Sonderbetreuungszeit - beantwortet durch ( 3582/AB-BR/2021</u>	3864/J-BR/2021
21.05.2021	J-BR	<u>Umsetzung der Sonderbetreuungszeit - beantwortet durch ( 3580/AB-BR/2021</u>	3863/J-BR/2021
20.05.2021	J-BR	<u>Kinder-Reha in Österreich - beantwortet durch ( 3579/AB-BR/2021</u>	3866/J-BR/2021

14.05.2021	J-BR	<u>die Situation von Kindern in der Corona-Pandemie - beantwortet durch ( 3577/AB-BR/2021</u>	3862/J-BR/2021
14.05.2021	J-BR	<u>die Situation von Kindern in der Corona-Pandemie - beantwortet durch ( 3578/AB-BR/2021</u>	3861/J-BR/2021
10.05.2021	J-BR	<u>Folgeanfrage aktive Luftraumüberwachung - beantwortet durch ( 3576/AB-BR/2021</u>	3858/J-BR/2021
06.05.2021	J-BR	<u>Ihre Verantwortungslosigkeit stürzt Familien in Not - Herr Bundeskanzler, tun Sie endlich etwas! - Dringliche Anfrage</u>	3876/J-BR/2021
03.05.2021	J-BR	<u>Investitionsprämie als Anstoß für Neuinvestitionen - beantwortet durch ( 3574/AB-BR/2021</u>	3857/J-BR/2021
03.05.2021	J-BR	<u>Investitionsprämie als Anstoß für Neuinvestitionen - beantwortet durch ( 3573/AB-BR/2021</u>	3856/J-BR/2021
03.05.2021	J-BR	<u>Erhöhung der Mobilfunkgebühren durch A1, Magenta und Drei - beantwortet durch ( 3575/AB-BR/2021</u>	3855/J-BR/2021
26.04.2021	J-BR	<u>Geplante Einstellung der Wiener Zeitung - beantwortet durch ( 3570/AB-BR/2021</u>	3854/J-BR/2021
26.04.2021	J-BR	<u>AMS-"Corona"-Kurse - beantwortet durch ( 3572/AB-BR/2021</u>	3853/J-BR/2021
26.04.2021	J-BR	<u>Vorerkrankungen von Corona-Intensivpatienten - beantwortet durch ( 3571/AB-BR/2021</u>	3852/J-BR/2021
23.04.2021	J-BR	<u>Reduzierung von Vogelsterben in Windparks durch KI-Technologie - beantwortet durch ( 3569/AB-BR/2021</u>	3851/J-BR/2021
16.04.2021	J-BR	<u>unzureichende Wahrnehmung von Aufgaben des Bundes im Zusammenhang mit der Artikel 15a B-VG Vereinbarung zur Kinder- und Jugendhilfe - beantwortet durch ( 3565/AB-BR/2021</u>	3850/J-BR/2021
16.04.2021	J-BR	<u>Versorgungslage psychiatrisch erkrankter Kinder und Jugendlicher - beantwortet durch ( 3567/AB-BR/2021</u>	3849/J-BR/2021
16.04.2021	J-BR	<u>Kinderschutz in der Schule - beantwortet durch ( 3566/AB-BR/2021</u>	3848/J-BR/2021
16.04.2021	J-BR	<u>fortgeführter Maskenzwang für Schüler in der Unterrichtszeit - beantwortet durch ( 3564/AB-BR/2021</u>	3846/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>9. Mittelfristiges Investitionsprogramm - beantwortet durch ( 3556/AB-BR/2021</u>	3845/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>Tunneltrasse Koralmbahn - Projektstand und begleitende Maßnahmen - beantwortet durch ( 3557/AB-BR/2021</u>	3844/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>Christlich-islamisches Team-Teaching an steirischen Schulen - beantwortet durch ( 3552/AB-BR/2021</u>	3843/J-BR/2021

09.04.2021	J-BR	<u>Neuerlicher Ausbruchversuch aus der Justizanstalt Graz-Karlau - beantwortet durch ( 3561/AB-BR/2021</u>	3842/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>Was tun, wenn das Internet zerreißt? - beantwortet durch ( 3562/AB-BR/2021</u>	3841/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>Was tun, wenn das Internet zerreißt? - beantwortet durch ( 3549/AB-BR/2021</u>	3840/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>Was tun, wenn das Internet zerreißt? - beantwortet durch ( 3563/AB-BR/2021</u>	3839/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>Was tun, wenn das Internet zerreißt? - beantwortet durch ( 3551/AB-BR/2021</u>	3838/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>kläglicher Umgang mit Kinderrechten in Österreich - beantwortet durch ( 3558/AB-BR/2021</u>	3837/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>kläglicher Umgang mit Kinderrechten in Österreich - beantwortet durch ( 3560/AB-BR/2021</u>	3836/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>kläglicher Umgang mit Kinderrechten in Österreich - beantwortet durch ( 3554/AB-BR/2021</u>	3835/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>Betreuung von Geflüchteten in Bosnien-Herzegowina - beantwortet durch ( 3559/AB-BR/2021</u>	3834/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>Entschließung des Bundesrates zur täglichen Bewegungs- und Sporteinheit - beantwortet durch ( 3553/AB-BR/2021</u>	3833/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>Entschließung des Bundesrates zur täglichen Bewegungs- und Sporteinheit - beantwortet durch ( 3550/AB-BR/2021</u>	3831/J-BR/2021
09.04.2021	J-BR	<u>Entschließung des Bundesrates zur täglichen Bewegungs- und Sporteinheit - beantwortet durch ( 3555/AB-BR/2021</u>	3830/J-BR/2021
08.04.2021	J-BR	<u>Entschließung des Bundesrates zur täglichen Bewegungs- und Sporteinheit - beantwortet durch ( 3548/AB-BR/2021</u>	3832/J-BR/2021
30.03.2021	J-BR	<u>Der Kanzler im Korruptionssumpf - Dringliche Anfrage</u>	3870/J-BR/2021
26.03.2021	J-BR	<u>Das Video des Außenministeriums über einen Atomwaffenangriff auf Wien als trauriger Höhepunkt einer zunehmend orientierungslosen österreichischen Außenpolitik - beantwortet durch ( 3547/AB-BR/2021</u>	3829/J-BR/2021
26.03.2021	J-BR	<u>Aktualisierung der ACI-Liste - beantwortet durch ( 3546/AB-BR/2021</u>	3828/J-BR/2021
26.03.2021	J-BR	<u>multiple Versagen um den Impfstoff von Astrazeneca - beantwortet durch ( 3545/AB-BR/2021</u>	3827/J-BR/2021

22.03.2021	J-BR	<u>Demorichtlinie des Innenministeriums - beantwortet durch ( 3544/AB-BR/2021</u>	3823/J-BR/2021
19.03.2021	J-BR	<u>Sozialleistungsbetrug im Pflegebereich - beantwortet durch ( 3543/AB-BR/2021</u>	3822/J-BR/2021
12.03.2021	J-BR	<u>Ermittlungen gegen Pflegeeinrichtungen und deren Beschäftigte - beantwortet durch ( 3542/AB-BR/2021</u>	3821/J-BR/2021
12.03.2021	J-BR	<u>nicht bezogene Beihilfen durch Salzburger Sozialhilfverbände - beantwortet durch ( 3541/AB-BR/2021</u>	3820/J-BR/2021
11.03.2021	J-BR	<u>Frau Bundesministerin, warum lassen Sie den Tourismus sterben? - Dringliche Anfrage</u>	3860/J-BR/2021
11.03.2021	J-BR	<u>Kriminalfall Commerzbank - Wo bleibt die Verantwortung von Minister Blümel ? - Dringliche Anfrage</u>	3859/J-BR/2021
02.03.2021	J-BR	<u>Mülldeponie Herzograd - beantwortet durch ( 3540/AB-BR/2021</u>	3824/J-BR/2021
26.02.2021	J-BR	<u>ACG-Nutzerbeirat - Frist für die Beantwortung 18.04.2021</u>	3847/J-BR/2021
22.02.2021	J-BR	<u>nicht bezogene Beihilfen durch steirische Sozialhilfverbände - beantwortet durch ( 3539/AB-BR/2021</u>	3819/J-BR/2020
16.02.2021	J-BR	<u>Umsetzung des Nationalen Aktionsplan Armutsbekämpfung - beantwortet durch ( 3538/AB-BR/2021</u>	3818/J-BR/2020
12.02.2021	J-BR	<u>Sunset-Klausel für Übermittlung sensibler Daten - beantwortet durch ( 3537/AB-BR/2021</u>	3817/J-BR/2020
12.02.2021	J-BR	<u>Wie sichern Sie Kinder und Jugendliche gegen Armut ab, Frau Ministerin? - beantwortet durch ( 3511/AB-BR/2020</u>	3791/J-BR/2020
12.02.2021	J-BR	<u>Wie sichern Sie Kinder und Jugendliche gegen Armut ab, Herr Minister? - beantwortet durch ( 3515/AB-BR/2020</u>	3790/J-BR/2020
12.02.2021	J-BR	<u>Wie wird sichergestellt, dass kein Kind und kein Jugendlicher durch Corona verloren geht? - beantwortet durch ( 3510/AB-BR/2020</u>	3789/J-BR/2020
12.02.2021	J-BR	<u>Wo sind all die Kinder, Frau Ministerin? - beantwortet durch ( 3512/AB-BR/2020</u>	3788/J-BR/2020
12.02.2021	J-BR	<u>Wo sind all die Kinder, Herr Minister? - beantwortet durch ( 3513/AB-BR/2020</u>	3787/J-BR/2020
12.02.2021	J-BR	<u>vorsätzliche Gefährdung der Sicherheit Österreichs durch BM Tanner - Dringliche Anfrage</u>	3786/J-BR/2020

03.02.2021	J-BR	<u>die Bestellung von DDr. Martin Balluch in den Tierschutzrat - beantwortet durch ( 3536/AB-BR/2021</u>	3816/J-BR/2020
28.01.2021	M-BR	<u>Sicherstellung der raschen Umsetzung der beschlossenen Teststrategie</u>	1922/M-BR/2021
28.01.2021	M-BR	<u>vorgesehener Zeitplan der großen Pflegereform</u>	1921/M-BR/2021
28.01.2021	M-BR	<u>Garantie, dass 1,8 Mio. Menschen über 65 Jahren bis 31. März 2021 geimpft werden</u>	1920/M-BR/2021
28.01.2021	M-BR	<u>Corona-Rot-Ampel für Schulen bis 26. März obwohl die Inzidenz in einzelnen Regionen weit unter 100 liegt</u>	1919/M-BR/2021
28.01.2021	M-BR	<u>Kontaktaufnahme mit Pharmaunternehmen zur Sicherung eines Vorrats an Medikamenten für Menschen die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können/dürfen</u>	1918/M-BR/2021
28.01.2021	M-BR	<u>geplante Umsetzungsschwerpunkte im Bereich Gesundheitsförderung im Jahr 2021</u>	1917/M-BR/2021
28.01.2021	M-BR	<u>Fortschritte bei der Erstellung des neuen Nationalen Aktionsplanes Behinderung (NAP Behinderung) 2022-2030</u>	1916/M-BR/2021
28.01.2021	M-BR	<u>Inhalte der Pflegereform</u>	1915/M-BR/2021
28.01.2021	M-BR	<u>Gute Lebensqualität in österreichischen Alten- und Pflegeheimen durch das Nationale Qualitätszertifikat für Alten- und Pflegeheime in Österreich (NQZ) in Zeiten von Covid</u>	1914/M-BR/2021
28.01.2021	M-BR	<u>Leistbarmachung der psychosozialen Versorgung durch klinisch-psychologische Behandlung für Betroffene</u>	1913/M-BR/2021
28.01.2021	J-BR	<u>Das Video des Außenministeriums über einen Atomwaffenangriff auf Wien als trauriger Höhepunkt einer zunehmend orientierungslosen österreichischen Außenpolitik - Dringliche Anfrage</u>	3826/J-BR/2021
28.01.2021	J-BR	<u>Herr Bundeskanzler, wieso sperren Sie die Schulen zu? - Dringliche Anfrage</u>	3825/J-BR/2021
27.01.2021	J-BR	<u>aktive Luftraumüberwachung - beantwortet durch ( 3535/AB-BR/2021</u>	3814/J-BR/2020
08.01.2021	J-BR	<u>Universitäres Engagement des Univ.-Prof.iR. Mag.rer.soc.oec. Dr.lur Wolfgang Benedek - beantwortet durch ( 3533/AB-BR/2021</u>	3813/J-BR/2020
08.01.2021	J-BR	<u>Schwerpunktkontrollen im Gastgewerbe durch die Polizei - beantwortet durch ( 3534/AB-BR/2021</u>	3812/J-BR/2020

05.01.2021	J-BR	<u>Ratsposition zur GAP - beantwortet durch ( 3529/AB-BR/2021</u>	3811/J-BR/2020
05.01.2021	J-BR	<u>Vom Hof auf den Tisch - eine Strategie für ein faires, gesundes und umweltfreundliches Lebensmittelsystem - beantwortet durch ( 3530/AB-BR/2021</u>	3810/J-BR/2020
05.01.2021	J-BR	<u>Tourismus in Zeiten von Corona - beantwortet durch ( 3531/AB-BR/2021</u>	3808/J-BR/2020
05.01.2021	J-BR	<u>Städtetourismus in Zeiten von Corona - beantwortet durch ( 3532/AB-BR/2021</u>	3807/J-BR/2020
04.01.2021	J-BR	<u>Tierschutz auf europäischer Ebene forcieren - schnellstmögliche Untersagung von Lebertransporten - beantwortet durch ( 3528/AB-BR/2021</u>	3809/J-BR/2020
04.01.2021	J-BR	<u>Testungen und Screenings von COVID-19 - beantwortet durch ( 3527/AB-BR/2021</u>	3806/J-BR/2020

Tabelle 3: Anfragen des Bundesrates; Quelle: Homepage des österreichischen Parlaments; <https://www.parlament.gv.at/PAKT/JMAB/>

## 8. Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2021

	Anzahl
Sitzungen	18
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-
Bundesversammlung	-
<b>In Verhandlung genommen:</b>	
Gesetzesbeschlüsse	217
davon Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	5
davon keine Zustimmung nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	-
sonstige Zustimmungen	-
davon Einsprüche	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	12
Ablehnung im Plenum	12
Übergang zur Tagesordnung	-
Stimmengleichheit	-
Staatsverträge	22
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG	8
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG	3
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	3
	39

sonstige Zustimmungen	1
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	12
Berichte der Volksanwaltschaft	1
Selbständige Anträge	27
davon Gesetzesanträge	2
davon Selbständige Entschließungsanträge	24
Bericht und Antrag eines Ausschusses gemäß Art. 23 Abs. 1 GO-BR	-
eine dem Ausschussbericht angeschlossene Entschließung	1
Petitionen	-
<b>Eingebracht:</b>	
Schriftliche Anfragen	160
davon Dringliche Anfragen	13
Besprechungen von Anfragebeantwortungen	-
Selbständige Anträge	2
davon Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	1
davon Gesetzesanträge	-
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gemäß Art. 41 Abs. 1 B-VG	-
davon Selbständige Entschließungsanträge	-
Unselbständige Entschließungsanträge	100
davon angenommen	16
Anträge, Einspruch zu erheben	-
Abänderungsanträge	-
Fristsetzungsanträge	-
davon angenommen	-
<b>Sonstiges:</b>	
Erklärungen von Landeshauptleuten	2
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	4
Fragestunden	2
Aktuelle Stunden	9
Durchführung einer Enquete	1
<b>Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:</b>	
EU-Ausschuss	12
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-

Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	2
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprache	2
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	11
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	3
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	4
Ausschuss für Familie und Jugend	4
Finanzausschuss	10
Geschäftsordnungsausschuss	2
Gesundheitsausschuss	9
Gleichbehandlungsausschuss	1
Ausschuss für innere Angelegenheiten	7
Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	6
Justizausschuss	8
Kinderrechteausschuss	2
Landesverteidigungsausschuss	6
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	6
Ausschuss für Sportangelegenheiten	1
Ausschuss für Tourismus, Kunst und Kultur	6
Umweltausschuss	4
Unterrichtsausschuss	5
Unvereinbarkeitsausschuss	4
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	7
Ausschuss für Verkehr	6
Wirtschaftsausschuss	8
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	3
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-

*Tabelle 4: Übersicht der Tätigkeiten des Bundesrates 2021; Quelle: Bundesratsdienst der Parlamentsdirektion;  
[https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Taetigkeiten\\_BR\\_-\\_2021\\_BF.pdf](https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Taetigkeiten_BR_-_2021_BF.pdf)*